



E010400

über  
Herrn Oberbürgermeister  
Gert-Uwe Mende

bc

ju 22.4.

Der Magistrat

über  
Magistrat

Bürgermeisterin

Christiane Hinnerger

und  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr

an die Stadtverordnetenversammlung

17. März 2026

Wiesbaden als Modellkommune für einen handlungsfähigen Staat  
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und Volt vom  
03.09.2025 - 25-F-63-0061 Beschluss Nr. 0375

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob und wie sich Wiesbaden als Modellkommune im Sinne der Empfehlungen der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ bewerben kann,
2. hierzu Kontakt mit dem zuständigen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung aufzunehmen, das Interesse Wiesbadens als Modellkommune zu bekunden und sich nach dem weiteren Verfahren sowie den Möglichkeiten einer Bewerbung zu erkundigen,
3. die zentralen Reformvorschläge aus dem Abschlussbericht der Initiative auf ihre Anwendbarkeit in Wiesbaden zu prüfen und dabei insbesondere Bezüge zu bereits beschlossenen Maßnahmen aus Antrag Nr. 24-F-63-0091 („Innovativ und vernetzt: Verwaltungsprozesse in Wiesbaden für die Herausforderungen der Zukunft optimieren“) herzustellen. Ziel ist es, die Reformvorschläge aktiv aufzugreifen und Wiesbaden als Vorreiterin für eine moderne, bürgernahe Verwaltung zu positionieren.

Die Anfrage unter Punkt 1 beantworte ich wie folgt:

Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat ist bundesweit auf große Resonanz gestoßen. Insbesondere das Vorhaben zur Bildung von Modellkommunen, um bestimmte Teile der Staatsmodernisierung auf kommunaler Ebene zu erproben, traf auf großes Interesse. Nicht zuletzt dieses große Interesse hat zur Folge, dass sich die Einbindung von Kommunen im Rahmen der Projektinitiative derzeit noch in der Planungsphase befindet und mögliche Beteiligungsformen für Kommunen noch ausgestaltet werden.

Die Anfrage unter Punkt 2 beantworte ich wie folgt:

Dezernat für  
Umwelt, Wirtschaft, Gleich-  
stellung und Organisation

Gustav-Stresemann-Ring 15, Gebäude B  
65189 Wiesbaden  
Telefon: 0611 31-2555  
Telefax: 0611 31-3956  
E-Mail: [dezernat.11@wiesbaden.de](mailto:dezernat.11@wiesbaden.de)

/2

**Die Anfrage unter Punkt 2 beantworte ich wie folgt:**

Neben dem zuständigen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) wurden seitens DezII/15 auch an der Initiative beteiligte Stiftungen (u.a. Hertie Stiftung) kontaktiert und das Interesse der LHW, als Pilotkommune mitzuwirken, bekundet. Hieraus resultieren die unter Punkt 1 aufgeführten Erkenntnisse bezüglich des Status des Beteiligungsprozesses für Kommunen. Das Interesse der LHW zur Mitwirkung ist auf Zuspruch gestoßen. Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Stiftungen Hertie und Mercator wird momentan eruiert. Angedacht sind dabei die Mitgestaltung bei der Entwicklung einer Blaupause für eine organisatorische und kulturelle Neuaufstellung einer kommunalen Verwaltung oder bei der Entwicklung von „best practices“ für einen Kulturwandel. Die Gespräche sind noch in der Anfangsphase und die konkrete Rolle Wiesbadens als Modellkommune ist noch auszugestalten.

**Die Anfrage unter Punkt 3 beantworte ich wie folgt:**

Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat zielt darauf ab, die Funktionsfähigkeit des deutschen Staates zu stärken. Die Hindernisse in den öffentlichen Verwaltungsprozessen und den politischen Entscheidungsprozessen wurden identifiziert und die notwendigen Reformschritte vorgeschlagen. Erarbeitet wurden insgesamt 35 Empfehlungen in 11 unterschiedlichen Reformkategorien, darunter unter anderem „Digitaler Staat & Verwaltung“. Gerade hier lassen sich zahlreiche Bezüge zu den beschlossenen Maßnahmen aus Antrag Nr. 24-F-63-0091 („Innovativ und vernetzt: Verwaltungsprozesse in Wiesbaden für die Herausforderungen der Zukunft optimieren“) herstellen. Die LHW möchte die eigene Verwaltungsorganisation und ihre verfügbaren Ressourcen frühzeitig so ausrichten, dass Herausforderungen optimal gemeistert und Chancen des Wandels genutzt werden, um so für die Zukunft besser gerüstet zu sein. Diese Ziele finden sich in ähnlicher Form im o.g. Kapitel des Abschlussberichts und mündeten im Kern in der Gründung eines dezidierten Ministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS). Konkrete Ausgestaltungsvorschläge für dieses Ministerium sind z. B. eine klare Governance oder die gesamtheitliche Steuerung eines ministerienübergreifenden Digitalbudgets. Weitere Reformvorschläge zielen auf eine grundlegende Verwaltungsreform ab, die u.a. eine ressortübergreifende Bündelung von Querschnittsaufgaben vorsieht. Verwaltungsprozesse sollen von Anfang an digital entwickelt und vom Nutzer her gedacht werden. Darüber hinaus werden ein Wandel der Personalkultur, Personalentwicklungskonzepte, eine wirkungsorientierte Aufgabenkritik sowie ein Mentalitäts- und Kulturwandel gefordert. Diese Aspekte sind auch für die LHW relevant und wurden im Treffen des Stadtverbundes im Februar 2026 adressiert, um gemeinsam eine moderne und bürgernahe Verwaltung zu entwickeln.

Nicht zuletzt regt der Abschlussbericht das Format von Modellkommunen an, um neue Reformansätze zu erproben. Wiesbaden ist bereits eine von sechs hessischen Pilotkommunen, die gemeinsam mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) sowie dem Hessischen Ministerium für Digitalisierung und Innovation (HMD) an der Entwicklung einer Blaupause für ein flächendeckendes digitales Angebot an Verwaltungsleistungen mitwirken. Ziel ist es, im direkten Kontakt zwischen den Fachbereichen im Bundesministerium und den Kommunen Verwaltungsprozesse schneller, einfacher und digitaler zu machen. Im Rahmen dieser Initiative fanden im September 2025 in einem 2-tägigen Programm Gespräche zwischen dem BMDS, HMD und relevanten Fachbereichen der LHW (Ämter 15, 31, 50) statt. Am Beispiel der Prozesse des Ordnungsamtes (Schwerpunkt KfZ) und des Sozialleistungs- und Jobcenters (Schwerpunkt Wohngeld) wurden die heutigen Medienbrüche und Schwierigkeiten herausgearbeitet. Das BMDS hat dazu einen Zwischenbericht erstellt, der

die umfangreichen Herausforderungen in Bezug auf organisatorische, technische und rechtliche Aspekte zusammenfasst. Ein Schwerpunkt ist die mangelnde Akzeptanz der Nutzung der BundID.

Für Ende März 2026 ist ein Vertiefungsworkshop zu diesem Thema angesetzt. Die sechs hessischen Pilotkommunen werden sich in Wiesbaden treffen, um gemeinsam mit dem BMDS und dem HMD am Beispiel konkreter digitaler Verwaltungsleistungen die Hürden bei der Nutzung der BundID zu identifizieren und Lösungsansätze zu erarbeiten.

Insgesamt zeigt sich, dass bereits eine Reihe der zentralen Reformvorschläge des Abschlussberichts „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ aufgegriffen wurden und Wiesbaden sehr aktiv beteiligt ist. Dieser Weg hin zu einer Vorreiterin für eine moderne, bürger-nahe Verwaltung sollte konsequent weiterverfolgt und weitere Vorschläge der Initiative aktiv aufgegriffen werden. Wiesbaden kann seinen Status als Pilotkommune zur Erprobung solcher Reformansätze aktiv nutzen.

Mit freundlichen Grüßen



Christiane Hinninger  
Bürgermeisterin